



Pressemitteilung / 17. Dezember 2017

anlässlich des

„Internationalen Tages gegen Gewalt an Sexarbeiter*innen“

Selbstorganisationen von Sexarbeiter*innen (Red Edition und sexworker.at) beobachten die Situation der Beratungsstellen wie SXA.Info (Graz), iBUS (Innsbruck), PiA (Salzburg), maiz (Linz) oder LEFÖ (Wien) in Österreich mit Sorge.

Das gesamte oben genannte Netzwerk weist darauf hin, dass ein niederschwelliger Kontakt zu Sexarbeiter*innen, der durch die Beratungsstellen garantiert ist, eine wichtige Säule darstellt, um Ausbeutung, Menschenhandel und Zuhälterei zu vermeiden.

In den letzten Jahren wurden selbst in Ländern, die als liberaler gelten, Gesetze eingeführt, welche Sexarbeit oder Aspekte davon wieder kriminalisieren. Wir sprechen hier von einem internationalen „backlash“, der zu einem vermehrten Abdrängen in den unsichtbaren Bereich und zu mehr Stigmatisierung führt. Konsequenzen davon spüren in erster Linie Sexarbeiter*innen - mehr direkte Gewalt und Abhängigkeiten.

Leider ist auch **Österreich** von diesem Negativtrend betroffen. Anstatt Sexarbeiter*innen endlich Arbeitsrechte zu geben, kommt es in Österreich zu immer mehr Verboten und Auflagen. So z. B. sind die Wahlmöglichkeiten von Sexarbeiter*innen, zu entscheiden, wie und wo sie arbeiten wollen, zum Teil stark eingeschränkt. Weiters kommt es durch die verpflichtende Registrierung bei der Polizei, wie in Wien, zu einer permanenten Verknüpfung von Sexarbeit mit Kriminalität. Dadurch werden Sexarbeiter*innen per se als Schuldige und Mitspieler*innen in kriminellen Machenschaften verortet. Neue Landesgesetze verschärfen die Situation nicht nur mit höheren Strafen für Sexarbeiter*innen, es wurde in einigen Bundesländern zusätzlich auch die Freierbestrafung eingeführt.

In Tirol kam es seit der Verschärfung des Landespolizeigesetzes im Sommer nicht etwa zu weniger Prostitution, wie der fast verschwundene Straßenstrich vermuten ließe. Sexarbeit hat sich lediglich verlagert. Plötzlich gibt es mehr illegale Wohnungsbordelle und Anrainerbeschwerden. Durch die Verdrängung in diesen illegalen Bereich ist es auch für uns als Sozialarbeiterinnen schwerer geworden, Sexarbeiter*innen zu erreichen und ihnen Hilfe anzubieten. Die Schaffung von niederschweligen Arbeitsmöglichkeiten wie etwa Erlaubniszonen hinkt gewaltig hinterher. Vielen Frauen bleibt nichts anderes übrig als der Weg in die Illegalität.

Die Beratungsstellen betonen, dass Menschen, die Sexarbeiter*innen respektlos behandeln oder abwertend über sie sprechen, Gewalt schüren und zur Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeit beitragen. Gegenseitiger Respekt kann Unrecht und Gewalt verhindern. Wir müssen unserem Gegenüber mit Würde und Respekt begegnen, wenn wir in einer gewaltfreien, gleichberechtigten Gesellschaft leben möchten.

Die Selbstorganisationen Red Edition und sexworker.at fordern eine nachhaltige Unterstützung durch die staatlichen Verantwortungsträger*innen, indem die notwendigen Ressourcen für Beratungsstellen garantiert werden. Des Weiteren ist es unabdingbar, dass die Expertise dieser Beratungsstellen in politischen Gremien entsprechend gewürdigt wird.

Sexarbeiter*innen sind Expert*innen zum Thema. Und Beratungsstellen garantieren den Kontakt zu Sexarbeiter*innen.

Diese Pressemitteilung wird getragen von:

maiz – Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen (Linz), LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen (Wien), PiA / Projekt für Sexarbeiterinnen (Salzburg), SXA-Info (Graz),

iBUS - Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter_innen, Sexworker.at und Red Edition.

Hintergrundinformation:

“International Day to End Violence Against Sex Workers”:

Der 17. Dezember wurde ursprünglich als Gedenktag für die Opfer des „Green River“-Mörders begangen, der in den 1980er und 1990er Jahren in den USA über 90 Frauen ermordete. Die meisten der Opfer waren Sexarbeiter*innen und es dauerte 20 Jahre, bis der Mörder verurteilt wurde. Seit 2003 wird der 17. Dezember mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen weltweit als Aktionstag begangen, um auf die Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, die gegenüber Sexarbeiter*innen begangen werden und durch die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen verstärkt werden.

Weitere Infos unter: <http://www.swopusa.org/dec17/>



Hintergrundinformation:

“International Day to End Violence Against Sex Workers”:

Der 17. Dezember wurde ursprünglich als Gedenktag für die Opfer des „Green River“-Mörders begangen, der in den 1980er und 1990er Jahren in den USA über 90 Frauen ermordete. Die meisten der Opfer waren Sexarbeiter*innen und es dauerte 20 Jahre, bis der Mörder verurteilt wurde. Seit 2003 wird der 17. Dezember mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen weltweit als Aktionstag begangen, um auf die Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, die gegenüber Sexarbeiter*innen begangen werden und durch die Stigmatisierung und Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen verstärkt werden.

Weitere Infos unter: <http://www.swopusa.org/dec17/>